

Einfache Anfrage Bühler-Schmerikon vom 6. September 2001
(Wortlaut anschliessend)

Steuererklärung per Internet

Schriftliche Antwort der Regierung vom 13. November 2001

René Bühler-Schmerikon führt in seiner einfachen Anfrage aus, dass immer mehr Steuererklärungen am Computer ausgefüllt und über Internet eingereicht werden. Demgegenüber würden die Gemeindesteuerämter über zu viel Arbeitsaufwand seit der Umstellung zur Gegenwartsbesteuerung klagen und versuchen, das Personal aufzustocken. Vor diesem Hintergrund fragt er die Regierung nach den Auswirkungen für das Personal, wenn immer mehr Bürger ihre Steuererklärung über Internet einreichen. Sodann stellt er die Frage nach Kosteneinsparungen und nach der Aufhebung oder allenfalls Zentralisierung kleinerer Steuerämter in der Zukunft.

Die Regierung antwortet wie folgt:

1. Die Einschätzung, dass immer mehr Steuererklärungen am Computer ausgefüllt werden, deckt sich mit den Feststellungen des kantonalen Steueramtes, das seit Anfang 1999 ein eigenes Steuererklärungsprogramm auf dem Internet anbietet (www.steuern.sg.ch). Bis anhin war es allerdings nicht möglich, die am Computer ausgefüllte Steuererklärung auch über das Internet einzureichen. Die Strategie des kantonalen Steueramtes ist indessen auf den elektronischen Datenaustausch ausgerichtet, zumal mit Art. 179 des Steuergesetzes (sGS 811.1; abgekürzt StG) auch eine entsprechende Rechtsgrundlage besteht.

Die Überwindung des sogenannten Medienbruchs erfordert die Verbindung der bisher voneinander unabhängigen Teilsysteme «Steuererklärungsprogramm» einerseits und «Steuerveranlagungsprogramm» andererseits. Diese Integration zu einem Gesamtsystem ist Gegenstand des laufenden Projektes «eTaxes». Aus heutiger Sicht kann damit gerechnet werden, dass für die erste Steuererklärung mit einjähriger Gegenwartsbemessung, d.h. für die im Jahr 2002 einzureichende Steuererklärung 2001b, die Möglichkeit einer derartigen Online-Deklaration über das Internet tatsächlich realisiert werden kann. Damit würde der Kanton St.Gallen zusammen mit dem Kanton Bern, der ein analoges Projekt verfolgt, eine Vorreiterrolle im Bereich der elektronischen Steuererklärung übernehmen.

2. Der Wechsel von der zweijährigen Vergangenheitsbemessung zur einjährigen Gegenwartsbemessung bedeutet sowohl für das kantonale Steueramt als auch für die Gemeindesteuerämter einen Mehraufwand, der bereits im laufenden (Übergangs-) Jahr spürbar wurde. Das kantonale Steueramt schätzt den personellen Mehrbedarf bei den Gemeinden auf 20 Prozent. Vor diesem Hintergrund sind auch die Bemühungen um entsprechende Personalaufstockungen nachvollziehbar. In der erwähnten Schätzung ist ein verstärkter Einsatz der neuen Kommunikationstechnologien bereits berücksichtigt, ansonsten ein deutlich höherer Mehraufwand unvermeidlich wäre. Das elektronische Ausfüllen der Steuererklärung, deren Einreichung und Weiterverarbeitung in eben dieser Form, d.h. ohne Medienbruch, bedeuten für das Personal der Gemeindesteuerämter eine Entlastung von gewissen Routinearbeiten, indem die Daten der Steuererklärung nicht nochmals erfasst werden müssen. Die auf diese Weise frei werdenden Kapazitäten stehen für qualifiziertere Arbeiten wie beispielsweise die eigentliche Veranlagungstätigkeit zur Verfügung.

3. Der Verzicht auf die nochmalige Datenerfassung impliziert Kosteneinsparungen bzw. die Vermeidung zusätzlicher Kosten. Diese Kosteneffekte können kurzfristig, d.h. in der Übergangs- und Einführungsphase, nicht schlüssig quantifiziert werden. Geht man aber von der Zielsetzung des kantonalen Steueramtes aus, mittelfristig bei möglichst vielen Steuererklärungen auf eine nochmalige Datenerfassung verzichten zu können (und zu diesem Zweck neben der Online-Deklaration auch andere Technologien wie das Scanning-Verfahren zu forcieren), so ergibt sich bei rund 250'000 Steuerpflichtigen ein beachtliches Einsparungspotential. Im Übrigen dürfen auch die Nutzeneffekte auf Seiten der Steuerpflichtigen nicht ausser acht gelassen werden.
4. Der Einsatz der neuen Kommunikationstechnologien im Allgemeinen und der Online-Steuererklärung über das Internet im Besonderen ist keineswegs darauf ausgerichtet, die bisherige, dezentrale Organisationsstruktur in Frage zu stellen. Im Gegenteil: diese Struktur hat sich in der Vergangenheit durchaus bewährt, und sie wurde auch mit dem neuen Steuergesetz bewusst beibehalten. Die Führung eines eigenen Steueramtes ist und bleibt Aufgabe der politischen Gemeinde, die auf Grund von Art. 160 Abs. 1 StG allerdings die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit einer anderen Gemeinde hat. Eine derartige Stärkung der Zusammenarbeit unter den Gemeinden wäre im Interesse einer erhöhten Professionalität zu begrüssen. Mit Blick auf die Bürgerfreundlichkeit könnte die Vereinigung der personellen Ressourcen ohne organisatorisches Zusammenlegen von Steuerämtern ein durchaus zukunftssträchtiges Modell darstellen. Eine Zentralisierung oder gar Aufhebung kleinerer Steuerämter als unmittelbare Folge der neuen Kommunikationstechnologien erscheint hingegen keineswegs zwingend, selbst wenn dabei gewisse Prozesse zu hinterfragen und allenfalls neu zu gestalten sind.

13. November 2001

Wortlaut der Einfachen Anfrage 61.01.16

Einfache Anfrage Bühler-Schmerikon: «Steuererklärung per Internet

Es werden immer mehr Steuererklärungen am Computer ausgefüllt und über Internet den Steuerämtern eingereicht. Laut dem kantonalen Steueramt sind im Jahr 2000 rund 20'000 Mal vom Server die Steuererklärungen heruntergeladen worden. Nach den neuesten Berichten soll ab kommendem Jahr die Steuererklärung neu auch über das Internet weggeschickt werden können. Hingegen klagen die Steuerämter wegen zu viel Arbeitsaufwand seit der Umstellung zur Gegenwartsbesteuerung und versuchen das Personal aufzustocken.

Deshalb frage ich die Regierung an:

1. Was für Auswirkungen hat es auf das Personal, wenn immer mehr Bürger ihre Steuererklärung, deren Angaben direkt übernommen werden können, über Internet einreichen?
2. Mit was für Kosteneinsparungen kann gerechnet werden?
3. Werden in Zukunft kleinere Steuerämter aufgehoben und allenfalls zentralisiert?

Ich bin der Regierung für die Beantwortung der Fragen dankbar.»

6. September 2001